

ILLA-Konferenz 2017

«Language and Law in a World of Media, Globalisation and Social Conflicts Refounding the International Language and Law Association (ILLA) to make law more transparent»

Vom 7. bis 9. September 2017 fand an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg die erste internationale Konferenz der «International Language and Law Association» (ILLA) statt. Ziel der Veranstaltung war es, einen Überblick über den Forschungsbereich der Rechtslinguistik zu geben. Rund 140 Sprachwissenschaftler und Juristen sowie Medien- und Sozialwissenschaftler aus 32 Ländern folgten der Einladung des Veranstaltungsorganisations Friedemann Vogel (Institut für Medienkulturwissenschaft, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und widmeten sich in mehr als 50 Vorträgen dem Thema «Language and Law in a World of Media, Globalisation and Social Conflicts». Das Veranstaltungsformat sah neben fünf Leitvorträgen zahlreiche Kurzvorträge mit anschließender Diskussion vor. Die Kurzvorträge waren verschiedenen Themenblöcken zugeordnet, von denen jeweils zwei parallel stattfanden. Am Abschlusstag der Konferenz wurde – mit der Wahl des Vorstands und von dessen Vorsitzenden für die Jahre 2017 bis 2019 – die ILLA neu gegründet.

Erster Tag

Nach einer offiziellen Begrüßung durch Juliane Besters-Dilger (Prorektorin für Studium und Lehre, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und einer kurzen Einführung in das Thema der Konferenz durch Friedemann Vogel bildete der Leitvortrag «Legal Linguistics in the US: looking back and looking forward» von Lawrence Solan (Brooklyn Law School) den Auftakt. Solan äusserte sich in seinem Vortrag positiv über die Entwicklung der Rechtslinguistik in den USA in den vergangenen Jahren, diese gestalten sich zunehmend interdisziplinär: Im Bereich der forensischen Linguistik arbeiteten Sprachwissenschaftler und Informatiker zusammen, zudem habe die Rechtswelt die Korpuslinguistik für sich entdeckt und – besonders ermutigend – unter Richtern und anderen Juristen finde die Rechtslinguistik insgesamt mehr Anerkennung. Angesichts dieser Entwicklung könne man positiv in die Zukunft der Rechtslinguistik blicken. Im Anschluss an Solan sprach Ruth Breeze (Institut für Kultur und Gesellschaft, Universität Navarra) über «The practice of the law across modes and media: Challenges and opportunities for legal linguists».

Am Nachmittag des ersten Konferenztags widmeten sich acht Kurzvorträge den übergeordneten Themen «EU Legal Culture and Translation» sowie «EU Legal

Culture and Multilingualism». Ein besonderes Augenmerk lag hierbei auf den jüngeren Mitgliedstaaten der Europäischen Union. So stellte Aleksandra Cavoski (Birmingham Law School) in ihrem Kurzvortrag «Interaction of law and language in the EU: challenges of translating in multilingual environment» die Herausforderungen dar, die die EU-Erweiterung für die Sprachpolitik der Mitgliedstaaten und für die Schnittstelle von Sprache und Recht mit sich bringt. Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt müssen die künftigen Mitgliedstaaten den sogenannten «Acquis communautaire», der alle für die EU-Mitgliedstaaten verbindlichen Rechte und Pflichten umfasst, in ihre nationalen (Rechts-)Sprachen übersetzen. Diese Übersetzung sei eine Herausforderung für rechtliche Traditionen sowie für die Besonderheiten des jeweiligen nationalen Rechts und von dessen Terminologie. Zudem werde die Übersetzung dadurch erschwert, dass Englisch als Ausgangssprache meist weniger präzise und klar als die Zielsprache sei und treffende Äquivalente nur schwer zu finden seien. Agnieszka Doczekalska (Kozminski Universität, Warschau) ging in ihrem Kurzvortrag «EU legal language and its influence on national legal languages and cultures of member states» auf die Einflüsse der EU auf die Rechtssprache und die Rechtskultur der Mitgliedstaaten ein.

Zeitgleich fanden Kurzvorträge zu den Themen «Language and Law in Legislation», «Pragmatics in Legal Linguistics» und «Legal Discourse» statt. Im Bereich «Language and Law in Legislation» ging Stefan Höfler (Zentrum für Rechtssetzungslehre, Universität Zürich) in seinem Kurzvortrag «Coherence in legislative texts – Can it be done, and how?» der Frage nach, wie sich Recht in Sprache materialisiert bzw. wie linguistische Modelle zum Verständnis eines Rechtstexts beitragen (können).

Den Abschluss des ersten Konferenztags bildete der Leitvortrag der ehemaligen Richterin am Europäischen Gerichtshof, Ninon Colneric. Sie ging unter dem Titel «Multilingual and Supranational Law in the EU. «United in Diversity» or «Tower of Babel?»» auf das gegenwärtige Sprachensystem der EU ein. Colneric betonte, dass die EU in ihrer Vielsprachigkeit – 24 Sprachen und damit rund 550 Kombinationsmöglichkeiten – einzigartig sei und dass sie die EU trotz ihrer sprachlichen Vielfalt vereint sehe.

Zweiter Tag

Der zweite Konferenztag startete mit Kurzvorträgen zu den übergeordneten Themen «Legal Discourse: Argumentation» und «Legal Linguistics in Russia, Germany and China». Friedemann Vogel gab einen Überblick über Vergangenheit und Zukunft der Rechtslinguistik in Deutschland. Dabei definierte Vogel zunächst «Rechtssprache» als die geschriebene und gesprochene Sprache, die im Bereich Recht verwendet wird. In seinem anschließenden Rückblick auf die Entwicklung

der deutschen Rechtslinguistik ging er auf die verschiedenen Gruppen ein, die sich seit den 80er-Jahren mit dem Thema «Sprache und Recht» beschäftigen, wie die Heidelberger Gruppe der Rechtslinguistik. Zudem forschten und arbeiteten derzeit weitere Einrichtungen und Kreise im Bereich Sprache und Recht, als Beispiele nannte Vogel die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften und die von ihm gegründete «International Research Group of Computer Assisted Legal Linguistics» (CAL²-group). Anhand von diskurslinguistischen Methoden untersuchten diese Gruppen vor allem Argumentations- sowie semantische Strukturen von Rechtstexten. Des Weiteren ging Vogel auf praktische Ansätze der Rechtslinguistik ein und nannte die verwaltungsinterne Redaktionskommission (VIRK) in Bern und den Redaktionsstab Rechtssprache beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Berlin. Aufgabe dieser Einrichtungen ist es, Erlasse bzw. Rechtsvorschriften im Entwurfsstadium auf Verständlichkeit und sprachliche Richtigkeit zu prüfen. Als Herausforderung der deutschen Rechtslinguistik in den kommenden Jahren sieht Vogel unter anderem die Bemühung um internationale Anerkennung sowie die Erschließung des offenen Forschungsfelds «Medien und Recht» und die Einrichtung eines Lehrstuhls für Rechtslinguistik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Weitere Kurzvorträge des Tages widmeten sich den übergeordneten Themen «Law and Media» und «Communicating Law». Im Themen-Bereich «Law and Media» erörterten Stanislaw Gozdz-Roszkowski und Monika Kopytowska (Universität Lodz) in ihrem Kurzvortrag «Court, constitutionality and conflict in media representations. Poland's Constitutional Court as a case in point», wie Gerichte und die damit verwandten Konzepte Gerechtigkeit, Verfassungsmässigkeit und Rechtsstaatlichkeit in polnischen Nachrichtenmedien dargestellt werden. Für ihre Präsentation analysierten sie Nachrichtenmedien, die den gegenwärtigen Konflikt zwischen Polens Verfassungsgericht und der polnischen Regierung¹ abbilden. Jan Engberg (Universität Aarhus) ging in seinem Kurzvortrag «Constructing Legal Knowledge on Institutions through Multimedia. Choice of Aspects and Complexity of Knowledge in Different Settings» der Frage nach, wie Institutionen Bürgern rechtliches Wissen multimedial vermitteln. Als Untersuchungsgegenstand dienten Engberg zwei Webseiten parlamentarischer Institutionen («Folkeetinget», «European Parliament») und zwei Webseiten von Justizbehörden («Danske Domstole», «Court of Justice of the EU»). Im Bereich «Communicating Law» referierte Viktorija Osolnik Kunc (Universität Ljubljana) über das Thema «Knowledge transfer with linguistic experts and expertly informed legal laymen». Das Grundproblem des Wissenstransfers zwischen Juristen und Übersetzern sieht Osolnik Kunc darin, dass Übersetzer von Rechtstexten zwar Sprachexperten seien, häufig jedoch juristische Laien, die die rechtlichen Hintergründe, Konzepte und

Bedeutungen nicht kennen. In ihrer Studie untersucht Osolnik Kunc, wie angehende Gerichtsübersetzer entsprechend geschult werden können.

Die letzten Kurzvorträge des zweiten Konferenztages befassten sich mit den übergeordneten Themen «Corpus linguistics and hermeneutics in Legal Linguistics» sowie «Language and Crime».

Zum Abschluss des zweiten Konferenztags referierte der hessische Kultusminister Alexander Lorz zum Thema «Creating law with language – Insights from the Perspective of Legislative Practice». Da ein Gesetz nicht ohne Sprache geschaffen werden könne, sei der Wunsch nach mehr, besserer und vor allem früherer sprachwissenschaftlicher Einbeziehung verständlich. Dennoch stehe diesem Wunsch oft die Komplexität eines Gesetzgebungsprozesses entgegen. Bei der Formulierung eines Gesetzes könnten Sprachwissenschaftler zwar hilfreich sein, ihre Vorschläge und Ideen würden dennoch nicht immer honoriert. Grund dafür sei, dass mit bestimmten Formulierungen unterschiedlichen Anschauungen und Wertvorstellungen Rechnung getragen werden müsse.

Dritter Tag

Der letzte Tag der Konferenz begann mit einem Leitvortrag von Frances Olsen (Universität von Kalifornien, Los Angeles). Da ihr der ursprünglich angedachte Titel – «Creating Justice with Language: Insights from James B. White, Thucydides, Gregory Vlastos, and Harold Pinter» – zu optimistisch erschien, änderte sie ihn kurzerhand und sprach zum Thema «Creating *the conditions under which one can pursue* Justice with Language».

In der Abschlussdiskussion «Challenges for Legal Linguistics» trugen Ruth Breeze, Frances Olsen, Ralf Poscher (Juristische Fakultät, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg) und Lawrence Solan unter der Moderation von Anne Lise Kjær (Juristische Fakultät, Universität Kopenhagen) ihre Erkenntnisse aus der Veranstaltung vor und machten deutlich, wo sie die Herausforderungen und Aufgaben der Rechtslinguistik in der kommenden Zeit sehen.

Den Abschluss der Konferenz bildete die Neugründung der ILLA: Für die Jahre 2017 bis 2019 wurden Anne-Lise Kjær, Ralf Poscher, Lawrence Solan und Dieter Stein (Philosophische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) in den Vorstand gewählt, Vorsitzende in diesem Zeitraum sind Frances Olsen und Friedemann Vogel.

Ausblick

In Zukunft soll alle zwei Jahre eine ILLA-Konferenz stattfinden, das nächste Mal vom 11. bis 14. September 2019 an der Universität von Kalifornien, Los Angeles. Alternierend dazu soll es alle zwei Jahre einen «ILLA Focus Workshop» geben, das

Thema für den ersten Workshop am 7. und 8. September 2018 in Kopenhagen steht bereits fest: «Computers, Language, and Law: Spotlight on Blind Spots».

*Christina Hörth, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Redaktionsstabs
Rechtssprache beim Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz,
Berlin, E-Mail: hoerth-ch@bmjv.bund.de*

Anmerkung

- 1 Vgl. zu diesem Konflikt
www.bpb.de/internationales/europa/polen/255589/analyse-das-polnische-justizwesen
(letzter Zugriff am 18.12.2017).